

## Beschluss

Gegen das EU-Türkei-Abkommen! Für eine menschliche Politik!

Antragsteller\*in: Daniel Böttcher (KV Werra-Meißner)

Tagesordnungspunkt: TOP 14 Anträge

- 1 Seit einigen Tagen ist es in den Medien wieder lauter um die Situation der  
2 Menschen vor den Toren der EU geworden:
- 3 „Lauter“ deshalb, weil die türkische Regierung im Widerspruch zum EU-Türkei-  
4 Abkommen ihre Grenzen für geflohene Menschen geöffnet hat.
- 5 „Vor den Toren der EU“ deshalb, weil die Festungsmetapher leider immer noch  
6 zutrifft.
- 7 Circa 15.000 Menschen bangen nun im Niemandsland zwischen Griechenland und der  
8 Türkei um Hilfe. Natürlich ist es nicht nur so, dass sie friedlich warten  
9 würden: Wo Verzweiflung und Wut ist, da ist auch immer Gewalt - aber eine  
10 Gewalt, die durch die türkische Regierung provoziert wird, indem sie sie als  
11 Druckmittel gegenüber der EU instrumentalisiert. Die Antwort darauf ist  
12 Repression in Form von Tränengas und körperlicher Gewalt durch den griechischen  
13 Staatsapparat.
- 14 Circa 15.000 Menschen hängen zurzeit zwischen Griechenland und der Türkei  
15 fest. Sie werden als Verhandlungsmasse zwischen der EU und der Türkei  
16 missbraucht. Die menschenrechtlichen Umstände sind erbärmlich, immer wieder gibt  
17 es Angriffe von rechten Gruppen sowie Repression in Form von Tränengas und  
18 körperlicher Gewalt durch den griechischen Staatsapparat. Die Situation der  
19 Geflüchteten in Griechenland ist dabei bereits seit einigen Jahren  
20 menschenunwürdig. Die Europäische Politik trägt die Verantwortung für diese  
21 Situation, unter anderem weil sie im Deal mit der Türkei das Asylrecht von  
22 Menschen mit Füßen getreten hat.
- 23 Nach mehr als 4 Jahren Zeit hat die EU es nicht geschafft eine hinreichende  
24 Lösung für die Geflohenen und immer noch fliehenden Menschen aus den  
25 unterschiedlichen Teilen der Welt zu finden. Sowohl die Situation in Idlib, als  
26 auch die perpektivlose und menschenunwürdige Situation in den Nachbarländern  
27 Syriens war absehbar. Expert\*innen haben immer wieder davor gewarnt. Die  
28 Europäische Union hat versagt darin rechtzeitig Menschen in ihren Heimatländern  
29 Unterstützung anzubieten und stattdessen auf Ignoranz und Abschottung gesetzt.  
30 Dabei wolle man doch „Fluchtursachen bekämpfen“.
- 31 Anstatt dies in den Blick zu rücken, sprechen die Medien von „Flüchtlingskrise“,  
32 davon, dass wir „die EU-Grenzen schützen“ oder, dass „Griechenland geholfen  
33 werden müsse“.
- 34 Wir als Grüne Jugend Hessen stellen uns deshalb entschieden gegen die  
35 menschenmissachtende Politik der EU!
- 36 Deshalb reden wir nicht von „Flüchtlingskrisen“ oder „Flüchtlingswellen“,  
37 sondern von Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen!
- 38 Deshalb reden wir nicht vom „Schutz der EU-Grenzen“, sondern vom Schutz der  
39 Geflohenen!

40 Deshalb reden wir nicht von der „Hilfe für Griechenland“, sondern von der Hilfe  
41 für Menschen!

42 Weil wir unsere Politik auf einem humanistischen Weltbild aufbauen – und das im  
43 Gegensatz zur EU auch durchsetzen wollen – fordern wir deshalb:

- 44 1. die Aufkündigung des EU-Türkei-Abkommens. Die Zusammenarbeit mit  
45 autokratischen Regimen ist keine Zusammenarbeit, sondern eine  
46 Interessensgemeinschaft. Das Interesse der EU, über ihre jahrzehntelang  
47 verfehlte Politik hinwegzutäuschen, ist dabei genauso unwichtig wie das  
48 der Türkei, mittels der Zurückhaltung von Menschen in eine Machtposition  
49 zu gelangen. Unser Interesse gilt den Geflohenen! Wir fordern deshalb  
50 einen Paradigmenwechsel!
- 51 2. die Aufgabe, eine Lösung für die vielen geflohenen Menschen zu finden, als  
52 Aufgabe höchster Priorität zu setzen. Dies beinhaltet insbesondere die  
53 Frage nach einer Verteilung der Geflohenen innerhalb der EU.
- 54 3. bei weiterem Ausbleiben einer „gerechten“ Verteilungslösung innerhalb der  
55 gesamten EU, insbesondere die deutsche Bundesregierung als auch die  
56 Bundesländer dazu auf, Alternativkonzepte zu erarbeiten, die im Sinne  
57 einer gemeinsamen, länderübergreifenden Lösung stehen.
- 58 4. statt einer symptomatischen Verhinderung von Fluchtursachen á la  
59 Schlepperbekämpfung und Co. die Flucht der Menschen in den Kontext eines  
60 neoliberalen und auf maximalen Profit gerichteten Neo-kolonialen  
61 Wirtschaftssystems zu setzen, das systematisch Fluchtursachen  
62 reproduziert. Deutschland und die Europäische Union tragen durch ihre  
63 koloniale Vergangenheit (unter anderem) auf dem afrikanischen Kontinent  
64 und im Nahen und Mittleren Osten, mit der einhergehenden ökonomischen  
65 Ausbeutung sowie sozialen und politischen Destabilisierung und deren  
66 Nachwirkungen und Kontinuitäten, eine besondere Verantwortung und Schuld.  
67 Diese Schuld und Verantwortung muss von allen europäischen Akteur\*innen in  
68 diesem Kontext wahrgenommen und bekannt werden.
- 69 5. Flucht deutlich stärker im Kontext des Klimawandels zu sehen, da dieser,  
70 laut Schätzungen der UN, in den nächsten Jahren die häufigsten  
71 Fluchtursachen produzieren wird.
- 72 6. Menschenrechtsverletzungen nicht hinzunehmen. Die GRÜNE JUGEND Hessen  
73 verurteilt das Aussetzen des Asylrechts von Seiten Griechenlands und die  
74 billigende in Kaufnahme dessen durch die anderen EU-Staaten. Dies stellt  
75 klar einen Verstoß gegen internationales Recht, sowie europäische Verträge  
76 dar. Die Europäische Union darf dies nicht hinnehmen, denn Asyl ist ein  
77 Menschenrecht! Den Geflüchteten muss ein, ihnen rechtlich zustehendes  
78 Asylverfahren bereitgestellt werden.
- 79 7. Des Weiteren unterstützen wir den Antrag der Bundestagsfraktion der  
80 Grünen, dass Deutschland 5.000 unbegleitete Kinder, Schwangere, allein  
81 reisende Frauen\* oder schwer Traumatisierte aus den griechischen  
82 Flüchtlingslagern aufnehmen sollte. Außerdem unterstützen wir die 140  
83 Städte in Deutschland, die sich als sichere Hafen bereit erklärt haben,  
84 Menschen aufzunehmen und fordern Horst Seehofer auf, dies in die Wege zu  
85 leiten. Das Aufnehmen von dringend Schutzbedürftigen untergräbt keine

86 europäische Lösung sondern hilft Menschen, die akut in Not sind und keine  
87 europäische Einigung absitzen können. Wenn es den Bundesländern möglich  
88 ist besonders vulnerable Personen, wie Kinder und ihre Mütter oder  
89 unbegleitete Minderjährige von den griechischen Inseln aufzunehmen (zu  
90 welchem Schluss ein Gutachten kommt, das dem Redaktionsnetzwerk  
91 Deutschland vorliegt) rufen wir die Landesregierungen dazu auf,  
92 dementsprechend zu handeln.